



10-Punkte-Plan

Energie.Politik > Positionen

10-Punkte-Plan zur Beschleunigung der Energiewende in Bayern

Der 10-Punkte-Plan von Bayernwerk und LEW richtet sich an Verantwortungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der 10-Punkte-Plan beschreibt Hemmnisse aus der täglichen Praxis der Unternehmen und gibt konkrete Lösungsvorschläge zur Beschleunigung der Energiewende in Bayern.

Bezahlbare, sichere und nachhaltige Energiewende in Bayern – Eine große Gemeinschaftsleistung

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Staatsregierung die Arbeit am Energieplan 2040 aufgenommen hat, um den Weg zu einem klimaneutralen Bayern zu beschreiten. Wir treiben seit Jahrzehnten aktiv die Energiewende in Bayern voran. Die Zuverlässigkeit der Energieversorgung konnte für die Menschen und Unternehmen im Freistaat kontinuierlich gesteigert werden. Nichtsdestotrotz stecken wir weiterhin mitten in einem der größten Transformationsprozesse unserer Zeit. Nicht nur die Art und Weise, wie wir Strom erzeugen, verändert sich, sondern auch unsere Mobilität und Wärmeerzeugung. Die drei Sektoren Strom, Wärme und Mobilität müssen daher zusammen gedacht und behandelt werden, insbesondere da der Stromsektor zukünftig Teile des Wärme- und Verkehrssektors mitversorgen wird. Hierbei ist die Ausgewogenheit des energiepolitischen Zieldreiecks „nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung“ im Kontext der gesellschaftlichen Verantwortung zu beachten.

1. Synchronisieren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und des Netzes

Der Zubau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen, insb. der Photovoltaik, wird derzeit kaum räumlich und zeitlich gesteuert. Das Wind-an-Land-Gesetz verpflichtet alle Kommunen in Bayern 1,8% ihrer Gebietsfläche für die Windkraft zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Regionalplanung entsteht Zuverlässigkeit und Planbarkeit. Eine bessere Steuerung des PV-Zubaus könnte die Transparenz und Verlässlichkeit für alle Akteure verbessern. Hierzu ist ein Dialog zwischen den beteiligten Akteuren für ein besseres gegenseitiges Verständnis und eine gemeinsame Lösungsfindung von großer Bedeutung.

Umsetzungsvorschläge

- Umsetzungskonzept zur Energiewende Bayerns: Landesbedarfsplan.

- Um PV-Freiflächenanlagen effizient und möglichst vorrausschauend an das Netz anschließen zu können, bedarf es einer vom Freistaat geförderten kommunalen PV-Freiflächenplanung.

2. Netzdienlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, schreitet zügig voran. Die Menschen akzeptieren und gestalten die Energiewende aktiv mit. Aus diesem Boom entstehen aber auch netztechnische Herausforderungen: Wenn immer mehr PV-Anlagen nach Süden ausgerichtet entstehen, wird die Mittagsspitze weiter zunehmen. Dies induziert zusätzlichen Netzausbau, um den überschüssigen Strom abzutransportieren. Es ist daher erforderlich, dass der Zubau von Erneuerbaren Energieanlagen zukünftig auch mit Blick auf die Netzdienlichkeit erfolgt. Zudem sollten alle in Bayern verfügbaren grundlastfähigen erneuerbaren Energien Potenziale voll ausgeschöpft werden, um deren Anteil an der Erzeugung in Phasen der Dunkel-Flaute maximal zu erhöhen. Insbesondere die Wasserkraft kann hier einen wertvollen Beitrag leisten.

Umsetzungsvorschläge

- Fördern von PV-Anlagen in Ost-West-Richtung.
- Vereinfachen der Rahmenbedingungen für Agri-PV-Anlagen.
- Windkraftanlagen und PV-Anlagen zusammen planen.
- Optimierungs- und Ausbaupotenziale in der Wasserkraft voll ausschöpfen.

3. Nutzen statt Abregeln: Mehr netzdienliche Speicher und Flexibilitätsoptionen

Im klimaneutralen Stromsystem fluktuiert das Angebot an Grünstrom und es existiert zugleich eine zeitliche und örtliche Diskrepanz zwischen Erzeugung und Verbrauch. Netzdienliche Flexibilitätsoptionen bieten die Möglichkeit diesen Herausforderungen zu begegnen – insbesondere in stark PV-dominierten Regionen wie Bayern. Deren Potenziale werden im bestehenden Ordnungsrahmen nicht ausgeschöpft. Um das Netz nicht „bis zur letzten Kilowattstunde“ auszubauen und die damit zusammenhängenden Netzausbaukosten dauerhaft zu senken, sind Flexibilitätsoptionen unerlässlich. Darüber hinaus können Stromangebot und -nachfrage ausgeglichen werden, wodurch EE-Anlagen nicht mehr abgeregelt oder regional erzeugter Grünstrom in das europäische Verbundnetz abtransportiert und wenige Stunden später importiert werden muss.

Umsetzungsvorschläge

- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für eine regionalen Stromvermarktung, die regionale Energien vor Ort zu nutzt, wenn sie verfügbar sind (u.a. Netzentgelt-Regelungen).
- Die Verteilnetzbetreiber sollen Flexibilitätsoptionen und Speicherdienstleistungen einfach und unbürokratisch nutzen können.
- Das Ausschließlichkeitsprinzip für Energiespeicher muss pragmatisch angepasst und „Multi use“-Cases erleichtert werden.
- Mit stringenten Rahmenbedingungen (z.B. Vereinfachung von Spitzenkappung und §14a EnWG) den Anreiz zur flexiblen Nutzung der Spitzenenerzeugung verstärken, so muss das Netz nicht mehr für die letzte kWh ausgebaut werden.
- Befreien von der doppelten Belastung mit Netzentgelten für zwischengespeicherten Strom.

4. Innovativer Netzanschluss: Einspeisesteckdose

Bisher werden Erneuerbare Energien Anfragen einzeln auf den technisch-wirtschaftlich optimalen Netzverknüpfungspunkt hin geprüft. Diese gesetzliche Anforderung führt immer häufiger zu weit entfernten Anschlusspunkten, die Projekte unwirtschaftlich werden lassen. Wir verfolgen deshalb einen neuen Ansatz: Mit der sogenannten Einspeisesteckdose stellen wir Netzkapazitäten zur Verfügung, die die Betreiber großer PV- oder Windparks mit ihren Projekten nutzen können. Dies optimiert und beschleunigt den gesamten Netzanschlussprozess zum Vorteil aller.

Umsetzungsvorschläge

- Es bedarf gesetzlicher Anpassungen, um die Grundlagen für ein Clustering zu schaffen. Insbesondere die Regeln für den EEG-Netzanschluss, der regulatorische Rahmen und die Kostenverteilung sollten in diesem Sinne weiterentwickelt werden.

- Eine vom Freistaat unterstützte kommunale PV-Freiflächenplanung bildet idealerweise die Basis, um mehrere einspeisewillige Erneuerbare Energien Anlagen zur Anbindung an einem Umspannwerk („Einspeisesteckdose“) zu clustern.

5. Verstärkte Sektorenkopplung: Wärme- und Mobilitätswende

Ein klimaneutrales Bayern ist nur dann möglich, wenn die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität übergreifend betrachtet und geplant werden. Die Sektorenkopplung ist ein elementarer Baustein für eine erfolgreiche Energiewende und wird langfristig die Stromnachfrage in Bayern deutlich erhöhen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die Wärmewende der größte noch zu bewegende Hebel. Die zunehmende Elektrifizierung der Wärmeversorgung wird dazu führen, dass das Stromverteilnetz mittelfristig zum wichtigsten Wärmenetz wird. Die Dekarbonisierung der Mobilität wird primär durch ihre Elektrifizierung erreicht, so dass erhebliche Speicherkapazitäten und Flexibilitätsoptionen im Verteilnetz entstehen.

Umsetzungsvorschläge Wärmewende

- Unterstützung der Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung durch ein zentrales Datentool.
- Interkommunale Wärmepläne mehrerer Kommunen im Konvoi fördern.
- Einsetzen eines Expertenrats für die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung.

Umsetzungsvorschläge Verkehrswende

- Fortsetzen des bayerischen Förderprogramms für öffentliche Ladeinfrastruktur.
- Gewährleisten des netzdienlichen Betriebs von E-Autos mit bidirektionaler Ladefunktion.
- Sogenannte „Go-to-Areas“ für die Lkw-Ladeinfrastruktur können einen Beitrag zum vorausschauenden Netzausbau an Standorten leisten, an denen künftig hohe Elektrifizierungsnachfragen absehbar sind.

6. Genehmigungsverfahren und -beschleunigung für Netzinfrasturktur

Genehmigungsverfahren für die Netzinfrasturktur sind im aktuellen Rechtsrahmen häufig zu langwierig und nicht immer nötig. Die Vielfalt der Bauprojekte erfordert mehr Tempo, Ermessensspielräume und weniger Vorschriften. Außerdem sind die bürokratischen Hürden selbst für den Anschluss von Kleinstanlagen immens. Hier muss aktiv gegengesteuert werden, um die Energiewende nicht unnötig auszubremsen.

Umsetzungsvorschläge

- Freistellen von Genehmigungen und Vorrang vor anderen Belangen aller Maßnahmen an Bestandstrassen, wie Ersatzneubau, Verstärkung, Erhöhung der Masten, etc.
- Umspannwerke freistellen vom Genehmigungsverfahren bei Ersatzbauten, Erweiterungen und Umbauten.
- Beschleunigen und Vereinfachen der Suche nach Grundstücken und Flächen sowie eigentumsrechtlicher Fragestellungen.
- Wahlrecht des Verteilnetzbetreibers zwischen Erdkabel und Freileitung.
- Beschleunigung von umwelt- und naturschutzrechtlichen Verfahren.
- Digitalisierung von Genehmigungsprozessen.

7. Gesicherte Leistung für Bayern: Heben dezentraler Potenziale

Strom aus erneuerbaren Quellen ist nicht zu jeder Zeit verlässlich verfügbar. Gleichzeitig gehen immer mehr gesicherte Stromerzeugungsanlagen, vom Stromnetz. Diese Entwicklungen führen in Bayern bereits in den nächsten Jahren zu einer erheblichen Lücke an gesicherter Leistung. Das macht die Menschen und die Industrie Bayerns abhängig von Stromimporten. Daher muss jetzt gehandelt und Versorgungssicherheit regional gedacht werden. Neben H2-ready Großkraftwerken sollten dezentrale Lösungsansätze umgesetzt werden, um eine sichere Energieversorgung in Bayern zu gewährleisten.

Umsetzungsvorschläge

- Sicherstellen des Baus von dezentralen Erzeugungsanlagen mit gesicherter Leistung, z.B. Wasserkraftwerken, Speichern, ein H2-ready Gaskraftwerk pro Landkreis.
- Gemeinsamer Einsatz für die Berücksichtigung von dezentralen Ansätzen, Speichern und Flexibilitäten als Bestandteile der Kraftwerkstrategie der Bundesregierung und eines künftigen Kapazitätsmarkts.
- Kraft-Wärme-Kopplung sollte Anreize für flexible, gesicherte Leistung erhalten und mit der Wärmeplanung verzahnt werden.

8. Kupfer mit Köpfchen - Digitalisierung der Energieversorgung ermöglichen

Die Digitalisierung der Energieinfrastruktur ist entscheidend für einen sicheren und effizienten Netzbetrieb. Allerdings kommen Entwicklungen wie die Digitalisierung und der Smart-Meter-Rollout aufgrund bürokratischer Hindernisse und unwirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht im notwendigen Maß voran.

Umsetzungsvorschläge

- Einführung eines „Wachstumsausgleichs für OPEX“, um die Finanzierung der laufenden Kosten u.a. von Digitalisierungsmaßnahmen sicherzustellen.
- Beschleunigen des Smart-Meter-Rollouts inkl. Steuerbox durch die Überarbeitung der Preisobergrenzen.

9. Grüne Regulierung: Finanzierung der Energieinfrastruktur

Der derzeitige Regulierungsrahmen zielt auf eine immer höhere Effizienz von Netzbetreibern ab und setzt damit Fehlanreize für den Ausbau und den Betrieb der Energienetze für die Klimaneutralität. Aufgrund der hohen Dynamik und Transformationserfordernisse sollte die Zukunftsorientierung der Regulierung weiter vorangetrieben werden.

Umsetzungsvorschläge

- Vollumfängliche Ausrichtung der Leitplanken des regulatorischen Anreizsystems auf das Ziel der Klimaneutralität.
- Einführung eines WACC, um eine höhere Transparenz und Planbarkeit für Investoren zu erreichen. Eine Systemumstellung ist nur zielführend, wenn damit die regulatorischen Verzinsungsbedingungen insgesamt verbessert werden.

10. Gemeinsame Kommunikation für die Akzeptanz des Energieinfrastrukturausbaus

Die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau: 81% der Deutschen unterstützen den Ausbau. „Gefragt nach dem potenziellen Bau neuer Anlagen in der Umgebung des eigenen Wohnortes befürworten dies 57 %. Die Zustimmung für Solardächer (76 %), Solarparks (59 %) und Agri-PV-Anlagen (57 %) waren die höchsten unter den verschiedenen Technologien, gefolgt von Geothermie, Windenergie, Biogasanlagen und Höhenwindenergieanlagen.“² Dies zeigt insgesamt eine hohe Akzeptanz der Anlagen auch vor der eigenen Haustür. Der Bruch findet allerdings dann bei der Akzeptanz der notwendigen Infrastruktur statt: lediglich 24% der Deutschen befürworten den Bau von Strommasten.

Umsetzungsvorschlag

- Politik, Energiewirtschaft, Industrie, Kommunen und Verbände starten eine gemeinsame Kommunikation zur Schaffung einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz für den notwendigen Ausbau der Energienetze zum Erreichen des Klimaneutralitätsziels (z.B. gemeinsame Kommunikationskampagne).